

# Übersichten

August 2002

---



---

## Außenpolitik

---



---

### 1 Protest gegen Aufwertung Taiwans durch die USA

Ein vom amerikanischen Kongress verabschiedetes und Anfang August von Präsident George Bush unterzeichnetes Gesetz gab Anlass für die jüngste Verstimmung zwischen der Volksrepublik China und den Vereinigten Staaten. Das Gesetz mit der Bezeichnung „2002 Supplemental Appropriations Act for Further Recovery From and Response to Terrorist Attacks on the United States“ verstößt nach Meinung der chinesischen Regierung auf eklatante Weise gegen die grundlegenden Prinzipien der bilateralen Beziehungen zwischen den USA und China, wie sie in den so genannten Drei Gemeinsamen Kommuniqués festgelegt sind.

Das Gesetz umfasst Bestimmungen zum Schutz von US-Militärpersonal außerhalb der Vereinigten Staaten. Nach chinesischer Interpretation wird innerhalb dieser neuen gesetzlichen Bestimmung jedoch dieser Schutz auch auf Angehörige von Regierung und Militär Taiwans ausgedehnt. Da-

mit werde Taiwan rechtlich den Alliierten der USA innerhalb und außerhalb der NATO gleichgestellt, was einen ersten Eingriff in die Souveränität der VR China darstelle. Ausführungen des Sprechers des chinesischen Außenministeriums, Kong Quan, zufolge, wollten die USA Angehörige der taiwanischen Streitkräfte und des Militärs sogar im Falle der Verfolgung durch den Internationalen Strafgerichtshof schützen, was für China vollends inakzeptabel sei.

He Yafei, Generaldirektor der Abteilung Nordamerika und Ozeanien im chinesischen Außenministerium stellte am 3. August den Minister in der US-Botschaft in China, Michael W. Marine, in das chinesische Außenministerium ein, um eine formelle Protestnote zu überreichen. Er bekräftigte dabei den Vorwurf, dass die USA mit der Unterzeichnung des Gesetzes sich eines ersten Eingriffs in die Souveränität Chinas schuldig gemacht hätten, und forderte geeignete Maßnahmen, den für die bilateralen Beziehungen entstandenen Schaden zu begrenzen.

In verschiedenen öffentlichen Stellungnahmen betonten chinesische Regierungsvertreter, Washington habe ein falsches Signal an Taiwan gegeben. Es sei weltweit anerkannt, dass es sich bei Taiwan um einen unveräußerlichen Teil der Volksrepublik China handle. Man bedauere daher, dass es einer kleinen Minderheit von amerikanischen Politikern im Kongress immer wieder gelinge, im Geist des Kalten Krieges Taiwan zum Vorwand zu nehmen, um China einzudämmen. Bestimmte Kreise in den USA seien offensichtlich daran interessiert, die Beziehungen zu Taiwan aufzuwerten. China könne und werde das keinesfalls hinnehmen.

Ein solches Vorgehen der USA schädige die bilateralen Beziehungen zwischen China und den USA, so die Stimmen aus der chinesischen Regierung weiter. Dies sei umso bedauerlicher, als es im fundamentalen Interesse beider Völker liege, die Stabilität der bilateralen Beziehungen zu wahren und für eine gesunde Fortentwicklung zu sorgen. Noch Ende des Monats betonte der chinesische Außenminister Tang gegenüber dem stellvertretenden US-Außenminister Armita-

ge, die korrekte Behandlung der Taiwan-Frage sei essenziell für die Entwicklung des Verhältnisses Chinas zu den Vereinigten Staaten.

Zuvor hatte es aus Beijings Sicht weiteren Grund zur Verärgerung gegeben. So hatte zunächst der taiwanische Präsident Chen Shuibian den Zorn der chinesischen Regierung auf Neue auf sich gezogen, als er ein Referendum über die Unabhängigkeit Taiwans anregte. Darüber hinaus hatte er öffentlich die Ansicht vertreten, Taiwan und China seien gleichberechtigte Staaten, und Taiwan stehe ein Sitz in der UNO zu. Und schließlich war dem taiwanischen Ministerpräsidenten You Xikun (Yu Shyi-kun) auf seiner Reise nach Lateinamerika ein Zwischenstopp in New York gewährt worden, um der amerikanischen Regierung die Haltung Chen Shuibians zu erläutern. (Xinhua, 3.8.02, nach BBC PF, 4.8.02; Xinhua, 4.8.02, nach BBC PF, 5.8.02; Xinhua, 26.8.02, nach BBC PF, 27.8.02; XNA, 4.8., 5.8.02; ST, 6.8.02; FAZ, 9.8.02) -kg-

### 2 Verbale Eskalation an der Taiwan-Straße

Mit seinen Äußerungen in einer Videokonferenz mit der Vereinigung taiwanischer Auslandsvereinigungen machte sich der taiwanische Präsident Chen Shuibian Anfang August für Beijing endgültig zur persona non grata. Chen, der sich als Präsident zum Amtsantritt eigentlich von einer Konfrontation und einer von vielen seiner Parteigänger lange angestrebten Unabhängigkeitserklärung Taiwans distanziert hatte, brachte die chinesische Führung in Beijing nun durch seine Ausführungen zu einem möglichen Referendum über die staatliche Zukunft Taiwans in Rage.

Chen hatte öffentlich bekundet, er wolle jedermann dazu ermutigen, ernsthaft die Bedeutung und Dringlichkeit eines Gesetzes über ein Referendum zu überdenken. Offensichtlich im Glauben, Rückendeckung aus den USA zu besitzen (vgl. Übersicht 1), führte er weiter aus, Taiwan sei nicht Teil eines anderen Landes, auch keine Provinz eines anderen Landes, und die Regierung sei keineswegs eine Lokalregierung. Mit diesen Worten bezog er sich auf einen Gesetzesentwurf,

der sich längst auf dem Weg durch die parlamentarischen Instanzen befindet, bislang aber von der Weltöffentlichkeit weitgehend unbemerkt auch nicht die Aufmerksamkeit Beijings auf sich gezogen hatte. Die VR China sieht in diesen Worten insgesamt jedoch eine Bestärkung der so genannten Zwei-Staaten-Theorie, die dazu geführt hatte, dass Li Denghui (Lee Teng-hui), der Amtsvorgänger Chens 1999 zur Hauptzielscheibe chinesischer Verbal-attacken geworden war.

Nach dem öffentlichen Auftritt des taiwanischen Präsidenten ließen die geharnischten verbalen Reaktionen aus China denn auch nicht lange auf sich warten. Aus dem Außenministerium hieß es, man warne die separatistischen Kräfte in Taiwan, die Situation nicht falsch einzuschätzen. Taiwan möge die Pferde kurz vor dem Abgrund anhalten, die offensichtlich mit Chen durchgegangen seien, hieß es in einer anderen Stellungnahme. Eine Stellungnahme von chinesischen Spitzenpolitikern zu den – aus Sicht Beijings – verbalen Entgleisungen Chen Shuibians blieb jedoch aus.

Anstelle einer Kommentierung durch die chinesische Führung wurden die Auslandschinesen aktiviert. Zunächst war es Lin Zhaoshu, der Vorsitzende der All-China Federation of Returned Overseas Chinese, der Chen Shuibian im Namen aller Auslandschinesen attackierte. Wie zur Bestätigung seiner Worte folgten Stellungnahmen auslandschinesischer Vereinigungen in Kambodscha und in Thailand. Auch der *Renmin Ribao* fiel wiederum ihre traditionelle Rolle als lautstarkes Sprachrohr der chinesischen Regierung zu. So war hier auf ihrer Website die Rede davon, Chen habe sich mit seinen Ausführungen nun endlich selbst demaskiert. Die Einladung an die chinesischen Führer, sich bei einer Tasse Tee ruhig mit ihm zu verständigen, seien nichts als leere Worte. Er habe sich nun endlich als der Vertreter der taiwanischen Unabhängigkeit und der Zwei-Staaten-Theorie entblößt, der er schon immer war.

Nach einigen Tagen und zwischenzeitlich erfolgten bereits Versuche verschiedener Stellen in Taiwan, das zer-schlagene Porzellan wieder zu kitten, erfolgte auch die rituelle militärische Drohung aus Beijing. In einem Artikel

auf der Internetseite der *Renmin Ribao* wurde ein ranghoher namentlich nicht benannter Offizier des chinesischen Militärs im Hinblick auf den bislang verbal ausgefochtenen Konflikt in der Taiwan-Straße mit den Worten zitiert, die Wahrscheinlichkeit wachse, dass Frieden hier durch Gewalt gewonnen und gesichert werden müsse.

Ob die von China bereits seit April immer wieder in Fujian und Zhejiang unter Beteiligung von bis zu 100.000 Mann abgehaltenen Militärmanöver, in deren Rahmen jetzt auch die Eroberung der Hauptinsel Taiwans trainiert wurde, aufgrund der Verärgerung über Chen Shuibians Äußerungen ausgerechnet jetzt wieder ausweitete, ist ungeklärt. Taiwan beilegte sich zur Vermeidung von Missverständnissen und Unfällen jedoch, eigene geplante Militärmanöver abzusagen. Ansonsten hieß es aus Taiwan, man beobachte die chinesischen Manöver aufmerksam, sei aber der Meinung, es handle sich um die üblichen Routineübungen.

In Taiwan selbst wurde abgewiegelt. Chen sei falsch zitiert und missinterpretiert worden, hieß es. Es sei ihm lediglich darum gegangen, festzustellen, dass die Gemeinwesen beiderseits der Taiwan-Straße einander souverän und gleichberechtigt gegenüberstehen. Cai Yingwen (Tsai Ing-wen), die Vorsitzende des Mainland Affairs Council, stellte klar, der taiwanische Präsident habe keineswegs die Abhaltung eines Referendums über die Zukunft Taiwans gefordert. Vielmehr habe er ausdrücken wollen, dass eine Volksabstimmung, sollte der Zeitpunkt für eine solche Entscheidung kommen, die einzig akzeptable Vorgehensweise darstelle. Im Übrigen sei der Gesetzentwurf, auf den sich Chen bezogen habe, bereits eingebracht und habe zuvor keinen Protest aus Beijing heraufbeschworen.

International wird nun spekuliert, was Chen zu seinen Äußerungen bewogen haben mag. Sinkende Popularität angesichts der Rezession in Taiwan wird hier ebenso ins Feld geführt wie die Motivation, auszutesten, wie weit die USA in ihrer seit dem Amtsantritt Bushs in den Mittelpunkt gerückten Unterstützung für Taiwan gehen werden. Allgemein geht man jedoch davon aus, dass die Vereinigten Staaten

sich auf kein Abenteuer einlassen werden. Das wurde auch in Stellungnahmen aus Washington klar, in denen man die Beibehaltung der Ein-China-Politik betonte.

Wenig Erfolg dürfte Taiwan auch im zehnten Versuch beschieden sein, die Frage der Aufnahme in die Vereinten Nationen von zwölf befreundeten Nationen auch auf die Tagesordnung der 57. Vollversammlung der UNO bringen zu lassen. Nicht nur die VR China weist dieses unter anderem von Gambia unterstützte Unterfangen als Eingriff in die chinesische Souveränität und territoriale Integrität kategorisch zurück. Auch die Mehrheit der Mitgliedsstaaten hat kein Interesse an einer Diskussion dieser Frage, die mit der UNO-Resolution 2758 im Jahr 1971 auf der 26. Vollversammlung bereits zu Gunsten der Volksrepublik China entschieden wurde. Dennoch ist auch dieser seit zehn Jahren wiederholte Vorstoß ein wiederkehrendes Ärgernis für Beijing.

Im Zusammenhang mit der Thematisierung eines Volksentscheids über die Zukunft Taiwans zu einem nicht genannten zukünftigen Zeitpunkt und verstärkten weltweiten Bemühungen taiwanischer Regierungsstellen, eine größere Lobby auch für eine UNO-Repräsentation aufzubauen, werden aber auch andere Spekulationen geäußert. So gehen einige Beobachter beispielsweise davon aus, dass – entsprechende politische Konstellationen in Taiwan vorausgesetzt – das Jahr 2007 ein gutes Datum für ein Referendum über die staatliche Zukunft Taiwans darstellen könnte. Eine dann für das Jahr 2008 erwartete Unabhängigkeitserklärung werde die chinesische Regierung angesichts der Austragung der Olympischen Spiele in jenem Jahr in Beijing kaum mit Waffengewalt und einer Invasion Taiwans beantworten können. Fraglich, und in diesen Gedankenspielen nicht berücksichtigt, ist jedoch, ob eine US-Regierung es angesichts ausgeprägter Eigeninteressen im asiatisch-pazifischen Raum so weit kommen ließe.

Insgesamt deutet alles darauf hin, dass die Zeit unwiderrufflich für eine Lösung der Taiwan-Frage nach den Vorstellungen Beijings spielt. Angesichts der insgesamt sehr erfolgreichen Maßnahmen zur Einengung des außenpo-

**CHINA aktuell**

litischen Spielraums Taiwans und der bereits an einen Exodus erinnernden Abwanderungstendenzen der taiwanischen Industrie auf das chinesische Festland kann man in Beijing beruhigt auf Zeit spielen und ansonsten die bekannten Rituale pflegen. (HB, 2.8., 6.8.02; NZZ, 6.8., 7.8.02; FAZ, 6.8.02; ST, 6.8., 8.8., 18.8.02; XNA, 6.8., 7.8., 8.8., 11.8.02; SCMP, 8.8., 9.8., 13.8., 14.8., 25.8.02; IHT, 7.8., 8.8.02; FT, 6.8.02; WSJ, 8.8.02; RMRB online, 5.8.02, nach BBC PF, 6.8.02; ZTS, 4.8.02, nach BBC PF, 5.8.02; CNAT online, 6.8.02, nach BBC PF, 7.8.02; CNAT online, 7.8.02, nach BBC PF, 8.8.02) -kg-

**3 Militärische Mobilisierung gegen Taiwan im Internet**

Anlässlich des 75. Jahrestages der Gründung der Volksbefreiungsarmee, der landesweit mit verschiedenen Veranstaltungen begangen wird, bewies das chinesische Militär, dass es auch technisch-propagandistisch auf der Höhe der Zeit ist. Am ersten August wurde eine von dem propagandistischen Radiosender „Voice of the Straits“ und „Fujian Hotline“ gemeinsam betriebene Website vorgestellt, die sich ausschließlich mit der Taiwan-Frage auseinandersetzt, und dies aus rein militärischer Sicht.

Nach Bekunden der Betreiber soll diese spezialisierte Website dazu dienen, militärische Nachrichten zu verbreiten und verlässliche Informationen der Öffentlichkeit über die militärische Situation und Stärke auf beiden Seiten der Taiwan-Straße zur Verfügung zu stellen. Unter dem Menüpunkt „Militärische Stärke auf beiden Seiten der Taiwan-Straße“ finden sich so beispielsweise detaillierte Angaben über technische Ausrüstung, Bewaffnung und Mannschaftsstärken sowohl in Taiwan als auch auf der Festlandseite. Für eine entsprechende Stimmung unter den Besuchern der Website aus der VR China sollen offensichtlich „Coole Militärfotos“ sorgen. Über die hier angebotenen Diskussionsforen, in denen sich alle an der militärischen Entwicklung zu beiden Seiten der Taiwan-Straße frei äußern können sollen, dürfte nicht zuletzt dazu dienen, die Stimmung in der eigenen Bevölkerung auszuloten. Die Website

ist unter folgender URL aufzurufen: <http://www.vos666.net>. (ZXS, 1.8.02, nach BBC PF, 11.8.02) -kg-

**4 Erstmals Bestimmungen zur Kontrolle des Exports von Raketentechnologie**

Just zum Besuch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Richard Armitage in Beijing veröffentlichte die chinesische Regierung eine 24 Artikel umfassende gesetzliche Regelung über die Kontrolle des Exports von waffenfähiger Raketentechnologie. Die USA forderten diesbezüglich seit langer Zeit effektive Maßnahmen Chinas, und die chinesische Regierung hatte sich dazu bereits vor zwei Jahren verpflichtet.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung des für China bislang beispiellosen Regelwerks war daher gut gewählt, sollte der Besuch Armitages doch der Vorbereitung auf den im Oktober bevorstehenden Besuch Jiang Zemins in den USA dienen. Schließlich hatten auch die USA im Vorfeld schon Schritte zur Verbesserung der Atmosphäre unternommen. So war Jiang beispielsweise als Ausdruck besonderer Wertschätzung ein Empfang Bushs auf seiner Ranch in Aussicht gestellt worden, und auch im Zusammenhang mit der internationalen Bekämpfung des Terrorismus hatten die USA Entgegenkommen für die chinesischen Belange signalisiert (vgl. Übersicht 5).

Mit den neuen Bestimmungen zur Exportkontrolle macht die chinesische Regierung das Thema Proliferation erstmals zur Chefsache. Den Regeln nach müssen chinesische Unternehmen, die entsprechende Exporte durchführen wollen, zukünftig spezielle Lizenzen besitzen und eine Genehmigung der Regierung für die Exporte einholen. Ferner haben sie Garantien der Abnehmer vorzulegen, dass die zu exportierenden Technologien nicht missbraucht oder weiterverkauft werden. Dies scheint denn doch etwas blauäugig oder auf die Beschwichtigung der USA und der internationalen Gemeinschaft angelegt zu sein, die China im Verdacht haben, Waffen oder waffentaugliche Technologien und Materialien ausgerechnet in die Länder zu liefern, die der amerikani-

sche Präsident Bush als Achse des Bösen identifiziert zu haben glaubt.

Bislang ist Beijing denn auch die Liste der Güter schuldig geblieben, auf die die neuen Bestimmungen Anwendung finden sollen. Solange dies nicht geschieht, bleiben nach Ansicht internationaler Beobachter allzu große Schlupflöcher, was den Wert des Regelwerks insgesamt in Frage stellt. Auch ist bislang ungeklärt, wie es sich mit so genannten Altverträgen verhält, auf deren Einhaltung Beijing unabhängig von allen Anstrengungen zur Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bislang immer bestanden hat.

Es ist durchaus denkbar, dass mit der Veröffentlichung der Negativliste solange gewartet wird, bis aus den USA deutliche Signale etwa in Hinsicht auf die Aufhebung des nach wie vor bestehenden Exportverbots für bestimmte Hochtechnologiegüter oder im Hinblick auf die Aufhebung erst kürzlich gegen chinesische Firmen erlassene Sanktionen kommen. Mehreren Unternehmen wird von der amerikanischen Regierung vorgeworfen, sie hätten zur Herstellung chemischer und biologischer Kampfstoffe geeignete Chemikalien in den Iran und den Irak geliefert. China bestreitet diese Vorwürfe.

Es scheint, als sei nun Washington wieder am Zug im politischen Spiel der Interessen. Mit Blick auf den Besuch Jiang Zemins signalisierte Armitage jedoch auch in den genannten Fragen eine wohlwollende Prüfung. So könnten die zunächst für zwei Jahre verhängten Sanktionen, die die betroffenen chinesischen Unternehmen grundsätzlich vom Geschäftsverkehr mit den USA ausschließen, bald zumindest teilweise wieder der Vergangenheit angehören. (XNA, 26.8.02; FT, 26.8.02; ST, 27.8.02; FAZ, 28.8.02) -kg-

**5 USA weiten Anti-Terror-Kampf auf Uiguren aus**

Überraschend teilte der stellvertretende amerikanische Außenminister Armitage auf seinem zweitägigen Besuch in Beijing Ende August der erstaunten Öffentlichkeit mit, die USA hätten die „Islamische Bewegung Ostturkestan“ in ihrer Liste der terroristischen Bewegungen aufgenommen, gegen die der internationale Kampf ge-

gen den Terrorismus geführt werden sollte. Erstmals gaben die USA damit dem Drängen der Volksrepublik China nach, auch uighurische Dissidentengruppen als terroristische Vereinigungen zu verfolgen.

Dieser Schritt der Vereinigten Staaten muss zum einen im Zusammenhang mit der angestrebten Herstellung einer positiven Besuchsatmosphäre für Jiang Zemin im Oktober des Jahres gesehen werden. Andererseits stellte Armitage jedoch auch deutlich heraus, wie wichtig es für die USA ist, China hinsichtlich der Bekämpfung des internationalen Terrorismus weiterhin im gemeinsamen Boot zu wissen. Schließlich wäre China in der Lage, mit seinem Veto jede Entscheidung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen im weiteren Vorgehen gegen den Terrorismus zu blockieren. Insbesondere im Zusammenhang mit den US-Plänen für einen Angriff auf den Irak ist die Unterstützung der Volksrepublik China für die Vereinigten Staaten jedoch unabdingbar.

Die chinesische Regierung nahm den Schritt der Vereinigten Staaten mit großer Genugtuung auf, wirft sie der als Separatisten und Terroristen bezeichneten uighurischen Opposition doch vor, deren Angehörige seien in Afghanistan für terroristische Angriffe geschult worden. Um den internationalen Kritikern – unter ihnen die UN-Menschenrechtskommissarin Robinson – den Wind aus den Segeln zu nehmen, beeilte sich die chinesische Regierung zu betonen, man werde auch im Kampf gegen Separatisten in Xinjiang die Menschenrechte respektieren. (Kyodo News Service, 26.8.02, nach BBC PF, 27.8.02; WSJ, 27.8.02; FAZ, 28.8.02; ST, 28.8.02) -kg-

## 6 Wohl abgewogene Worte für den Irak

Sowohl der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Qian Qichen als auch Außenminister Tang Jiaxuan waren offensichtlich auf die Wahrung einer sicheren Distanz zum Irak bedacht, als der Außenminister des Landes Ende August zu politischen Gesprächen in Beijing weilte.

Schon zuvor war seitens des chinesischen Außenministeriums Anfang August die Zusage des arabischen Staates

ausdrücklich als positiver Schritt begrüßt worden, nach der sich der Irak bereit erklärt hatte, den UN-Waffeninspekteur Hans Blix und sein Team in Bagdad zu so genannten technischen Gesprächen zu empfangen.

Während der irakische Außenminister Naji Sabri Ahmad al-Hadithi in Beijing lobende Worte für seine Gastgeber fand, für die großen Anstrengungen Chinas dankte, eine frühzeitige Aufhebung der Sanktionen gegen sein Land zu erreichen, und die Unterstützung der chinesischen Regierung im Kampf des Irak um Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität unterstrich, fielen die chinesischen Sympathiebekundungen deutlich kühler aus. Ohne jede Schuldzuweisung bedauerte beispielsweise Qian Qichen am 28. August in der Unterredung mit dem irakischen Gast die jüngste Eskalation der Irak-Problematik. Er brachte in diesem Zusammenhang lediglich seine Besorgnis über die zusätzlichen Unsicherheitsfaktoren, die die Entwicklung in die Region trage, zum Ausdruck.

Qian Qichen und auch Tang Jiaxuan betonten, dass China hinsichtlich einer Lösung der Irak-Problematik gegen die Anwendung oder auch nur die Androhung von Gewalt eintrete. Andererseits wurde der Irak jedoch auch eindringlich dazu aufgefordert, alle Auflagen aus den relevanten UN-Resolutionen strikt zu erfüllen und darüber hinaus zusätzliche Anstrengungen zur Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen zu unternehmen, um eine weitere Verkomplizierung der Situation zu vermeiden. China zog sich damit auf neutralen Boden zurück und unterstrich seine verantwortliche Position als Ständiges Mitglied des Weltsicherheitsrates. (XNA, 6.8., 28.8., 29.8.02; Xinhua, 5.8.02, nach BBC PF, 6.8.02; Xinhua, 27.8.02, nach BBC PF, 29.8.02; Xinhua, 28.8.02, nach BBC PF, 29.8.02; Republic of Iraq Radio, 29.8.02, nach BBC PF, 31.8.02) -kg-

## 7 Im Gespräch über Menschenrechte

Offensichtlich bemüht um eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen im Vorfeld des für Oktober geplanten Besuchs Jiang Zemins in den USA

kamen der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan und sein amerikanischer Amtskollege Powell in einem Gespräch am Rande der ARF-Tagung in Brunei bereits Ende Juli darin überein, den bilateralen Menschenrechtsdialog wieder aufzunehmen. Nach Auskunft eines Sprechers des chinesischen Außenministeriums sollen die Gespräche noch vor Ablauf des Jahres wieder aufgenommen werden. Der Dialog war von China als Reaktion auf die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad durch Nato-Bomber 1999 abgebrochen worden.

Tang betonte in einer Stellungnahme, er habe Powell im Hinblick auf das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu seinem Land erklärt, die USA brauchten keinen Feind, sondern Zusammenarbeit und Partnerschaft. Im Zusammenhang mit dem Dialog über die Menschenrechte erklärte Tang, er hoffe, beide Länder werden die zwischen ihnen bestehenden Differenzen in einem gleichberechtigten Dialog schrittweise reduzieren können.

Ein weiteres zentrales Thema des Gesprächs war die Proliferation von militärischen Waffen, das nach Tangs Einschätzung zu den schwierigen im bilateralen Verhältnis zählt (vgl. Übersicht 4). Während die USA gegen neun chinesische Firmen Sanktionen wegen des Verdachts auf Waffenlieferungen an Irak und Iran verhängt hatte, beschuldigte Tang im Gegenzug die USA, sie würden durch ihre Waffenlieferungen an Taiwan ebenfalls gegen die Prinzipien der Nichtverbreitung verstoßen.

Die Lage der Menschenrechte in China stand naturgemäß auch im Mittelpunkt eines Chinabesuchs der UN-Menschenrechtskommissarin Mary Robinson in der zweiten Augushälfte. Frau Robinson gab in diesem Zusammenhang ihrer Sorge Ausdruck, China missbrauche den international unterstützten Kampf gegen den Terrorismus zur verstärkten Unterdrückung sowohl der muslimischen Uighuren in Xinjiang (vgl. auch Übersicht 5) als auch der Anhänger der verbotenen religiösen Bewegung Falun Gong.

Robinson zeigte sich besonders besorgt im Hinblick auf die anlässlich der chinesischen Terrorismusbekämpfung erlassenen Gesetze, die die Rechte der Strafverfolgungsbehörden im

Hinblick auf Festnahmen und Inhaftierungen ausweiten. Darüber hinaus habe die chinesische Regierung ihre landesweite Kampagne zur Bekämpfung von Kriminalität erneuert und ausgeweitet und betreibe in diesem Zusammenhang die Beschleunigung von gerichtlichen Verfahren und weite die Anwendung der Todesstrafe deutlich aus.

Die Anfang September aus dem Amt scheidende UN-Kommissarin begrüßte im Anschluss an ein Gespräch mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Qian Qichen, in dessen Rahmen sie ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht hatte, die Stellungnahme ihres Gesprächspartners, der für die chinesische Regierung ausgeführt hatte, es sei von großer Wichtigkeit, im Kampf gegen den Terrorismus die Menschenrechte zu respektieren. Ob sich Qian damit auf die allgemeine weltweite oder die von Robinson bemängelte innerchinesische Situation bezog, ist jedoch nicht geklärt.

Einem seitens der UN-Menschenrechtskommission lang gehegten Wunsch nachgebend lud Qian im Namen der chinesischen Regierung den für Folter zuständigen UN-Inspekteur Theo van Boven für das kommende Jahr zu einem Besuch in China ein. Nach Einschätzung Frau Robinsons kann dieser Besuch jedoch noch lange nicht als gesichert gelten, trifft doch die Forderung van Bovens, die zu besuchenden Gefängnisse selbst auswählen und private Gespräche mit Inhaftierten führen zu wollen, bislang auf die Ablehnung Beijings. (AFP, 31.7.02, nach FBIS, 1.8.02; XNA, 20.8.02; NZZ, 20.8.02; SCMP, 20.8.02) -kg-

## 8 Regelmäßiger Meinungsaustausch mit Russland

Am 22. August trafen der chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji und sein russischer Amtskollege Kasjanov in Shanghai zum siebten regelmäßigen Treffen der Regierungschefs beider Länder zusammen. Im Anschluss an die Gespräche wurde ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht, in dem beide Seiten die enormen Erfolge herausstreichen, die ihre Zusammenarbeit seit dem letzten derartigen Treffen vor einem Jahr insbe-

sondere auf den Gebieten Wirtschaft, Handel und Humanitäres erzielt hätte.

Auch der bilaterale Freundschaftsvertrag zwischen China und Russland habe in signifikanter Weise zur Weiterentwicklung der Kooperation in Wirtschaft und Handel beigetragen. Insgesamt wird wirtschaftlichen Themen und der Zusammenarbeit auf humanitärem Gebiet in dem Kommuniqué breiter Raum eingeräumt. Detailliert werden Pläne und Aussichten für Kooperationsprojekte auf den Gebieten Energie, Transport, Technologietransfer etc. geschildert.

Merklich dünn fällt hingegen die Thematisierung der strategischen und Sicherheitszusammenarbeit aus, die im Zusammenhang mit dem Freundschaftsvertrag selbst interessanterweise nicht genannt wird. Mehreren Seiten langen detaillierten Ausführungen über die zukünftigen Pläne in der Wirtschaftskooperation und dem Austausch in den Bereichen Kultur, Bildung, Sport und Tourismus stehen lediglich zwei Absätze zur Sicherheitspartnerschaft gegenüber, die noch dazu äußerst allgemein gehalten sind.

So bekräftigen zwar beide Seiten, dass sie einander auch zukünftig in dem Bestreben unterstützen wollen, die nationale Souveränität, die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität des Vertragspartners zu wahren. Russland bekräftigt die chinesische Haltung in den Problemfeldern Taiwan, Tibet und Ostturkestan, während China im Gegenzug weitere Unterstützung der russischen Position in Tschetschenien signalisiert. Hinsichtlich der Herausforderungen aufgrund der Veränderungen des globalen Sicherheitssystems nach dem 11. September 2001 sehen beide Länder trotz neuer Gefahren auch die Möglichkeit zur Errichtung eines besseren Systems internationaler Beziehungen und für die Umsetzung einer stärker multipolaren Weltordnung. In diesem Zusammenhang rufen China und Russland alle Nationen dazu auf, die egoistische Haltung des Nationalismus und Unilateralismus aufzugeben – ein chinesischer Seitenhieb gegen die USA – und eine neues Sicherheitskonzept auf der Basis des internationalen Rechts, gegenseitigem Vertrauen, Gleichberechtigung und Koordination zu errichten.

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Terrorismus sind sich die Volksrepublik China und die Russische Föderation angesichts der Tatsache, dass beide im Hinblick auf den Umgang mit Minderheiten immer wieder in der internationalen Kritik stehen, darin einig, dass hier nicht mit unterschiedlichem Maß gemessen werden darf. Im Übrigen – wieder ein Angriff auf die USA – dürften alle gegen den internationalen Terrorismus zu führenden Schläge nur unter strikter Einhaltung des internationalen Rechts, der Charta der Vereinten Nationen und im Rahmen enger internationaler Kooperation erfolgen. Dem Weltsicherheitsrat müsse dabei die zentrale Rolle als Koordinierungszentrale zukommen. Hiermit wird offensichtlich ein größeres Mitspracherecht eingeklagt, das beide Staaten angesichts angekündigter Alleingänge der USA vermissen.

Im Hinblick auf die viel gepriesene strategische Zusammenarbeit zwischen China und Russland heißt es in dem Abschlussdokument des diesjährigen Treffens jedoch lediglich vage, beide Seiten seien überein gekommen, „die strategische Koordination in der internationalen Arena zu stärken und gemeinsame Anstrengungen zur Errichtung einer neuen Ordnung, lang währenden Friedens und gemeinsamer Entwicklung zu unternehmen“. Im Hinblick auf die Unruhe- und Konfliktherde in der Welt, so heißt es weiter, habe man lediglich einen Meinungsaustausch darüber geführt, wie Anstrengungen zu deren Entspannung und Entschärfung besser koordiniert werden könnten.

Im Anschluss an die Gespräche zeigten sich beide Staatsmänner äußerst zufrieden mit den erzielten Ergebnissen. Auch Jiang Zemin, der ebenfalls mit Kasjanov zusammentraf, bestätigte, die russisch-chinesischen Beziehungen erlebten derzeit eine sehr gute Phase. Jiang versicherte seinem Gast auch, China unterstütze einen Beitritt Russlands zur WTO. Zwischen beiden Ländern gäbe es in dieser Hinsicht eine Reihe von Fragen, die noch zu klären seien, jedoch keine grundlegenden Meinungsunterschiede.

Zu den konkreten Wirtschaftsprojekten, für die Russland die Kooperation der Volksrepublik China sucht,

zählt neben Plänen für ein großes Aluminiumwerk mit einer Produktionskapazität von 500.000 t jährlich in der Region Irkutsk interessanterweise auch ein gemeinsames Engagement bei der Ausbeutung eines der weltweit größten Bauxitvorkommen in Guinea. Das erforderliche Investitionsvolumen in letztgenanntem Projekt übersteigt mit mehr als einer Mrd. US\$ offensichtlich gegenwärtig die russischen Finanzmittel. Von chinesischer Seite hieß es jedoch, in beiden Fällen sei noch keine Entscheidung gefällt worden.

Nicht allzu weit her scheint es jedoch bislang mit der Zusammenarbeit beider Seiten auf dem Gebiet der Forschung zu sein. Hier ist im Abschlusskommuniqué der Gespräche zwischen Zhu und Kasyanov lediglich von „ermutigenden Kontakten“ zwischen Forschungsinstitutionen beider Staaten die Rede. (Interfax, 22.8.02, nach BBC PF, 23.8.02; Xinhua, 22.8.02, nach BBC PF, 24.8.02; Xinhua, 23.8.02, nach BBC PF, 24.8.02; XNA, 23.8.02, 24.8.02; ITAR TASS, 23.8.02, nach BBC PF, 24.8.02) -kg-

## 9 Intensivierung der Beziehungen zu Südkorea

Der chinesische Außenminister Tang Jiaxuan und sein südkoreanischer Amtskollege Choi Sung-hong konnten im Rahmen eines Besuches Tangs in Seoul Anfang August mitteilen, dass beide Seiten überein gekommen seien, das koreanische Konsularbüro in Shenyang aufzuwerten und zu einem weiteren Generalkonsulat zu machen. Damit konnte sich die südkoreanische Seite durchsetzen, die dieses Vorhaben bereits seit längerer Zeit betrieb. China hatte sich zunächst zurückhaltend gezeigt – um diplomatische Verstimmungen mit dem Verbündeten Nordkorea zu vermeiden, wie es aus Beobachterkreisen heißt.

Das neue Generalkonsulat soll für die chinesischen Nordostprovinzen zuständig sein, in denen etwa 130.000 ethnische Koreaner leben, und der Ausweitung von Handel, Tourismus und Kulturaustausch zwischen beiden Ländern dienen. Südkorea verfügt neben der Botschaft in Beijing bereits über Konsulate in Shanghai, Qingdao, Guangzhou und Hongkong.

Einen weiteren Fortschritt in den bilateralen Beziehungen konnten die beiden Außenminister vermelden, als sie die Einrichtung eines regelmäßigen Konsultationsmechanismus zu Sicherheitsfragen zwischen hochrangigen Vertretern der Verteidigungs- und Außenministerien beider Länder ankündigten. Das erste der zukünftig regelmäßig geplanten Treffen soll noch im Verlauf dieses Jahres stattfinden, das gleichzeitig den zehnten Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Südkorea und der VR China markiert. Ein vergleichbarer Konsultationsmechanismus besteht bereits zwischen Korea und Japan und zwischen China und Japan. Mit dem jetzt beschlossenen chinesisch-koreanischen Gesprächsforum, das sich sicherheitspolitischen und bilateralen Problemen widmen soll, ist das sicherheitspolitische Dreieck in Nordostasien geschlossen.

Neben Fragen der militärischen Sicherheit dürften auch Handelsfragen auf dem Programm stehen. China ist zunehmend unglücklich über das große Handelsdefizit mit Südkorea, das im vergangenen Jahr auf mehr als 13 Mrd. US\$ angewachsen war. Die Volksrepublik wünscht hier dringend einen Ausgleich und ein entsprechendes Entgegenkommen der koreanischen Seite. Darüber hinaus wünscht sich Südkorea jedoch auch, das Thema der koreanischen Teilung auf der Agenda der bilateralen Gespräche. Präsident Kim Dae-jung, dem Tang Jiaxuan einen Höflichkeitsbesuch abstattete, brachte den Wunsch seines Landes direkt zum Ausdruck, China möge sich weiterhin für die Stabilität und den Frieden auf der koreanischen Halbinsel engagieren und seinen Einfluss in Pjöngjang geltend machen. (Yonhap, 2.8.02, nach BBC PF, 3.8.02; Yonhap, 3.8.02, nach BBC PF, 4.8.02; XNA, 3.8.02; Xinhua, 2.8.02, nach BBC PF, 3.8.02; RMRB online, 24.8.02, nach FBIS, 30.8.02; Yonhap, 20.8.02, nach BBC PF, 22.8.02) -kg-

## 10 Indien – Alliiertes oder Konkurrent Chinas

Die Signale, die die Volksrepublik China an den südlichen Nachbarn Indien aussendet, bieten zumindest ein widersprüchliches Gesamtbild und zeu-

gen von einer zweigeteilten Strategie. Zum einen ist China sichtlich bemüht, Indien als Alliierten für seine Ziele innerhalb der Welthandelsorganisation WTO zu gewinnen. In aller Deutlichkeit formulierte das zuletzt der chinesische Botschafter in Indien, Hua Junduo, gegenüber Vertretern der indischen Industrie Ende Juli. Beide Seiten, so Hua, könnten von einer Koalition in den Verhandlungen innerhalb der WTO nur gewinnen. Insbesondere im Hinblick auf die Landwirtschaft und den Dienstleistungssektor sehe man sich in einem gemeinsamen Boot. Anzeichen für eine verstärkte Kooperation in der WTO seien laut Hua bereits zu erkennen und sollten ausgeweitet werden.

Auf der anderen Seite erklärte Indien Anfang August mit aller Deutlichkeit, es wünsche eine Mitgliedschaft in der Shanghai Cooperation Organization. Aus Delhi war dazu zu vernehmen, Russland, Kasachstan, Usbekistan, Kirgistan und Tadschikistan hätten bereits ihre Unterstützung signalisiert. Indien begründet seinen Wunsch nach Mitgliedschaft damit, dass die SCO in erster Linie das gemeinsame Ziel der Bekämpfung des islamischen Terrorismus in der Region verfolge, von dem Indien insbesondere in der Region Jammu-Kashmir ebenfalls direkt betroffen ist.

China hält sich bisher in dieser Frage allerdings bedeckt, und man muss kein Prophet sein, um zu folgern, dass die VR China der Idee einer Mitgliedschaft Indiens in dieser auf chinesische Initiative aus der Taufe gehobenen Regionalorganisation keineswegs positiv gegenüber steht. Bereits die indischen Ambitionen für eine Beteiligung an der ASEAN nach dem Vorbild der chinesischen Einbindung wusste die Volksrepublik bisher zu verhindern, warum sollte sie sich dann mit einer Mitgliedschaft Indiens in der „eigenen“ Organisation anfreunden? Die Gefahr einer Interessenskoalition beispielsweise Russlands und Indiens gegen China dürfte zu dieser ablehnenden Haltung Beijings beitragen. Und schließlich ist zwischen den beiden Staaten selbst der Grenzverlauf noch nicht einmal geklärt und bietet wohl auch zukünftig noch potenziellen Konfliktstoff.

Insofern dürften auch die Spekulationen in Indien selbst, eine Mitglied-

schaft Indiens käme für China frühestens gemeinsam oder in der Folge eines Beitritts von Pakistan in Frage, eher an der Realität und der grundsätzlichen chinesischen Abneigung gegen eine Aufnahme Indiens vorbeigehen. Die chinesische Regierung hat in den vergangenen Monaten offensichtlich ohnehin erhebliche Schwierigkeiten gehabt, die Organisation in der Folge des 11. September 2001 und des forcierten Vordringens der USA nach Zentralasien nicht in die absolute Bedeutungslosigkeit versinken zu lassen. Auch eine Aufnahme Pakistans, das Berichten zufolge ebenfalls an einer Mitgliedschaft interessiert ist, dürfte aus chinesischer Sicht erst in Frage kommen, wenn die auf der letzten gemeinsamen Konferenz der SCO gefassten Beschlüsse umgesetzt sein werden und die Organisation sowohl feste Strukturen erhalten haben wird als auch die konkreten Aufgaben in Angriff genommen sein werden. (AFP, 31.7.02, nach FBIS, 1.8.02; *Chennai The Hindu*, 10.8.02, nach FBIS, 12.8.02; PTI news agency, 27.8.02, nach BBC PF, 28.8.02) -kg-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 11 Sommerklausur in Beidaihe beendet – Nachfolgefrage immer noch offen

Die jährliche Sommerklausur der chinesischen Führungsspitze in dem Badeort Beidaihe, die sich etwa über die letzte Juli- und die erste Augustdekade erstreckt hat, ist ohne eine öffentliche Klärung in der Frage der Nachfolge Jiang Zemin zu Ende gegangen; auch zu den diskutierten Inhalten gab es keine Stellungnahme. Das Ende der in starker Diskretion gehaltenen Tagung wurde nur daraus ersichtlich, dass die Pressemeldungen seit der zweiten Augustdekade wieder über offizielle Aktivitäten hoher Politiker in anderen Landesteilen berichteten.

Wie schon in den vorherigen Monaten überschlugen sich im August Spekulationen über die Nachfolge in den auf Jiang Zemin vereinten Ämtern des Generalsekretärs der KPCh, des Staatspräsidenten und des Vorsitzen-

den der Zentralen Militärkommission. Die Zahl derjenigen Kommentatoren geht zurück, die einen vollständigen Rücktritt Jiang Zemin und die Übernahme aller drei Ämter durch Hu Jintao noch für wahrscheinlich halten. Auch die lange Zeit verbreitete Prognose, Jiang würde nur am Vorsitz der Zentralen Militärkommission festhalten, die anderen beiden Ämter aber abgeben, findet immer weniger Vertreter. Inzwischen scheint eine Mehrheit der China-Watcher der Ansicht, dass Jiang am Amt des KP-Generalsekretärs festhalten will. Das Hongkonger Magazin *Kaifang* (Öffnung) gab sogar Spekulationen wieder, wonach er in der Hoffnung auf eine dritte Amtszeit als Staatspräsident versucht haben soll, die geltenden Beschränkung der Dauer dieses Amtes auf zwei Perioden à fünf Jahre außer Kraft zu setzen.

Eine Bewertung der Stichhaltigkeit der verschiedenen Prognosen ist derzeit nicht möglich. Interessant sind allerdings die verschiedenen Beweggründe und Hintergrundfaktoren, die von den verschiedenen Seiten für bzw. gegen einen Verbleib Jiang Zemin in den höchsten Ämtern von Partei, Regierung und Armee ins Feld geführt werden.

Für eine weitere Amtsperiode Jiang Zemin sollen sich in den vergangenen Wochen zahlreiche Militärs sowie Parteivertreter aus über zwanzig der insgesamt 31 Verwaltungseinheiten auf Provinzebene eingesetzt haben. Explizit sprach sich Mitte August zudem ein Sozialwissenschaftler der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften für einen Verbleib Jiang Zemin für weitere drei bis fünf Jahre aus. Kang Xiaoguang, Forscher am Zentrum für Chinastudien an der – von Jiang zuletzt wiederholt hoch gepriesenen – Akademie, legte seine „fachlichen“ Argumente in einem über 20.000 Zeichen langen Dokument dar, das in verkürzter Fassung auch in dem bekannten Magazin *Strategy and Management* abgedruckt wurde. Von ihm und anderen werden die folgenden Gründe für eine weitere Amtszeit benannt:

- Trotz seines Alters von 76 Jahren sei Jiang Zemin körperlich und geistig noch durchaus fit, was ihn für eine weitere

Amtszeit ohne weiteres befähigen würde.

- Eine Abgabe der politischen Führungsmacht zum gegenwärtigen Zeitpunkt bringe die Gefahr einer Destabilisierung mit sich, da sich China in einer Phase gravierender Herausforderungen befindet, außenpolitisch vor allem aufgrund der neuerlichen Zuspitzung im Verhältnis zu Taiwan, innenpolitisch durch die Folgen des WTO-Beitritts, die hohe Arbeitslosigkeit und die Falungong-Bewegung. Nur Jiang Zemin sei aufgrund seiner langjährigen politischen Erfahrung und der von ihm erfolgreich eingeleiteten Kooptation der neuen wirtschaftlichen und sozialen Eliten in der Lage, die gesellschaftliche Unterstützung der Parteiherrschaft zu sichern und die Stabilität des Landes zu wahren. Ein Abschied aus allen Ämtern zum gegenwärtigen Zeitpunkt hingegen würde ein Einfallstor für soziale Unruhen aller Art schaffen, die zum Zusammenbruch der Ein-Partei-Herrschaft der KPCh führen könnten.
- Der noch von Deng Xiaoping als zukünftiger Partei- und Staatsschef designierte Hu Jintao sei politisch noch zu unerfahren und zeige kein ausreichend klares staatsmännisches Profil, um die Volksrepublik nach innen wie nach außen souverän zu führen.
- Zynische Stimmen aus Hongkong bemerkten außerdem, dass Jiang Zemin schon allein deshalb gezwungen sei, in seinen Ämtern auszuharren, um die wirtschaftlichen bzw. politischen Karriereinteressen seiner Familienmitglieder sowie seiner engsten Gefolgsleute nicht zu gefährden. Deren Fortkommen könne er nur fördern, wenn er die Zügel der politischen Macht weiter in den Händen halte und den Einfluss seiner politischen Rivalen damit ausschalten könne.

Gegen einen weiteren Verbleib Jiang Zemin in seinen jetzigen Ämtern soll sich hingegen eine Reihe von namentlich nicht benannten linksgerichteten